

November 2013

Richtlinien über die Protokollierungspflicht nach  
Art. 24 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die  
kollektiven Kapitalanlagen (KAG)

## Präambel

Die übrigen den Bewilligungsträgern obliegenden gesetzlichen, vertraglichen oder selbstregulatorischen Pflichten werden durch die in diesen Richtlinien statuierten Pflichten nicht tangiert.

## Art. 1 Grundsatz

Diese Richtlinien der Schweizerischen Bankiervereinigung gelten für die Protokollierungspflicht nach Art. 24 Abs. 3 KAG. Sie legen einen Mindeststandard fest, über den die einzelnen Bewilligungsträger hinausgehen können.

Diese Richtlinien regeln Form und Inhalt der Protokollierungspflicht. Die Protokollierungspflicht besteht ausschliesslich für die *individuelle* Beratung der Kundin oder des Kunden durch den Bewilligungsträger, d.h. wenn durch den Kundenberater oder die Kundenberaterin (hier-nach im Einzelnen „Kundenberater“) eine *persönliche Empfehlung* zum *Erwerb* einer oder mehrerer *kollektiven Kapitalanlagen* erfolgt („persönliche Empfehlung“).

Die Protokollierungspflicht besteht nur bei Vorliegen einer Vertriebstätigkeit im Sinne von Art. 3 KAG und Art. 3 KKV (vgl. ferner FINMA-RS Vertrieb Nr. 2013/9).

Keine Protokollierungspflicht besteht, wenn der Kundin oder dem Kunden eine persönliche Empfehlung zum *Halten* oder *Verkauf* einer kollektiven Kapitalanlage erteilt wird.

## Art. 2 Bedürfnisse der Kundin oder des Kunden

Das Protokoll enthält erhobene Angaben über die Anlageziele sowie einen Hinweis auf das Risikoprofil der Kundin oder des Kunden. Dazu können bestehende Informationen verwendet werden, welche die Kundin oder der Kunde der Bank bei der Erstellung des allgemeinen Anlageprofils zur Verfügung gestellt hat.

## Art. 3 Gründe für die persönliche Empfehlung des Kundenberaters für den Erwerb einer kollektiven Kapitalanlage

Zusätzlich zu den bereits erhobenen oder vorhandenen Informationen nach Art. 2 sind die Gründe für die persönliche Empfehlung des Kundenberaters für den Erwerb einer oder mehrerer kollektiven Kapitalanlagen stets zu dokumentieren.

## Art. 4 Form des Protokolls

Das Protokoll erfolgt auf einem Schriftstück oder einem anderen geeigneten Datenträger, welcher es erlaubt, das Protokoll jederzeit zugunsten der Kundin oder des Kunden in unveränderter Form als Schriftstück zu produzieren. Der Bewilligungsträger kann die Art der Aufzeichnung und den geeigneten Datenträger unter dieser Voraussetzung frei wählen.

Schriftlichkeit im Sinne von Art. 11 ff. OR ist dabei nicht erforderlich, d.h. weder der Bewilligungsträger noch die Kundin oder der Kunde müssen das Protokoll unterzeichnen.

## Art. 5 Sprache

Das Protokoll erfolgt grundsätzlich in der Sprache, in welcher die Beratung stattgefunden hat. Alternativ kann es in der von der Kundin oder dem Kunden für den Bankversand gewählten Korrespondenzsprache erfolgen. In diesem Rahmen kann der Bewilligungsträger die Sprache wählen.

## Art. 6 Information der Kundin oder des Kunden

Erteilt der Kundenberater der Kundin oder dem Kunden eine persönliche Empfehlung zum Erwerb einer kollektiven Kapitalanlage, ist die-

Kundin oder der Kunde über den Inhalt des Protokolls gemäss Art. 2-4 mittels Schriftstück zu informieren. Dieses kann der Kundin oder dem Kunden direkt übergeben oder per Brief, Fax, E-Mail oder Web-basiert zugestellt werden. Schriftlichkeit im Sinne von Art. 11 ff. OR ist nicht erforderlich.

Die Kundin oder der Kunde kann auf die Übergabe des Protokolls ausdrücklich verzichten. Dieser Verzicht ist klar festzuhalten.

## Art. 7 Information der Kundin oder des Kunden bei schriftlicher Beratung

Findet die Beratung auf dem Korrespondenzweg statt, erübrigt sich die Abgabe eines Protokolls im Sinne von Art. 6 hiervor, wenn die wesentlichen Angaben nach Art. 2-3 bereits in der Korrespondenz des Bewilligungsträgers enthalten sind.

## Art. 8 Verhältnis zum Zivilrecht

Diese Richtlinien regeln Form und Inhalt der aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Dokumentierung. Die Frage der rechtlichen Wirksamkeit bzw. Gültigkeit des Erwerbs kollektiver Kapitalanlagen ist nicht Gegenstand dieser Richtlinien.

## Art. 9 Inkrafttreten

Diese Richtlinien sind durch die FINMA als Mindeststandard im Sinne von Art. 7 Abs. 3 des Finanzmarktaufsichtsgesetzes vom 22. Juni 2007 anerkannt worden. Sie treten am 1. Januar 2014 in Kraft und gelten bis zum 31. Dezember 2015.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Aufhebung durch den Verwaltungsrat der SBVg und genehmigt durch FINMA Beschluss vom 29. April 2015.

